

Dieselöl Benzin

HEIZ OEL HAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Corona-Schulden
erfordern harten
Einsparungskurs
Seite 2

Kanton Zürich
Erweiterung des
Härtefallprogramms
Seite 3

Aktuell
Noch mehr
Steuern für
Hausbesitzer
Seite 4-5

Städte Zürich und Winterthur
Budgetdebatte
unter umgekehrten
Vorzeichen
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Volksabstimmung
vom 7. März
Seite 8

VOLKSABSTIMMUNG VOM 7. MÄRZ 2021

JA zum Verhüllungsverbot

Nein, mit religiösem Glauben hat die Ganzkörperverhüllung, wie sie in muslimischen Staaten Frauen aufgezwungen wird, nichts zu tun. Weder der Koran noch andere religiöse Gebote verpflichten Muslimas, ihre Körper vollständig zu verhüllen.



In der Sonnenstube der Schweiz beeinträchtigte das Verhüllungsverbot den Touristenstrom aus Nahost nicht im Geringsten, trotz anfänglicher Bedenken. Bild: zVg www.verhuellungsverbot.ch

Eine Diskriminierung und nichts anderes ist der Zwang, ausserhalb der eigenen vier Wände einen Nikab oder eine Burka zu tragen – damit wollen männlich dominierte Obrigkeiten in der muslimischen Welt der Frau ihre Zweitrangigkeit demonstrativ zur Kenntnis bringen. Woraus diese Obrigkeiten ihr «Recht» ableiten, Frauen als ihnen untertane, als minderwertige Wesen zu behandeln. Zwar gibt es in Westeuropa

vereinzelte Nikab-Trägerinnen, die behaupten, sich aus freien Stücken vollständig zu verhüllen. Fast all diese auf dem Nikab beharrenden Westeuropäerinnen sind allerdings Konvertitinnen, radikale Vertreterinnen eines aggressiven Islamismus.

Die aus dem Jemen stammende Politologin Elham Manea, die in ihrer Jugend selbst dem Verhüllungszwang unterworfen war, hat die Hintergründe

des männlichen Verhüllungsbefehls kürzlich (Sonntagszeitung, 24. Januar 2021) eindrücklich offengelegt: Gemäss fundamentalistischer Interpretation des Islam sei die Frau auf ewig unmündig, brauche also zeitlebens einen männlichen Vormund. Und wörtlich sagt sie: «Der Mann darf seine Frau schlagen, wenn sie ihm nicht gehorcht. Kinderheirat ist erlaubt, oft ab dem Alter von neun Jahren».

Der Westen, sagt diese Kämpferin gegen Unterdrückung, sei gut beraten, an seinen Werten der Gleichberechtigung, der Achtung eines jeden Menschen, ob weiblich oder männlich, als eigenständige, ebenbürtige Freiheit geniesende Person festzuhalten. Diese Werte dürften keinesfalls dem Islamismus geopfert werden.

Scheinargumente

Es werden hierzulande zuweilen auch materielle Interessen vorgebracht: Die Begleiter ganzkörperverhüllter Touristinnen aus muslimischen Ländern seien grosszügige Geldausgeber. Das wolle man nicht aufs Spiel setzen. Allerdings: Bevor der Kanton Tessin vor wenigen Jahren das Verhüllungsverbot durchsetzte, stemmten sich dort Tourismus-Institutionen vehement gegen diese Massnahme. Ungefähr ein Jahr nach Einführung des Verhüllungsverbots zeigten diese Tessiner Tourismus-Verantwortlichen immerhin die Grösse, einzuräumen, dass das Verhüllungsverbot den Touristenstrom aus Nahost nicht im Geringsten beeinträchtigt habe. Jene wenigen vollständig verhüllten Touristinnen aus muslimischen Ländern würden – wenn sie höflich auf die hierzulande geltenden Gesetze aufmerksam gemacht würden – in aller Regel den Gesichtsschleier sofort ablegen – oft von einem Lächeln begleitet. Tourismus-Vertreter müssen sich dazu aber auch die generelle Frage gefallen lassen: Will irgend jemand allen Ernstes die Schweiz ausländischen Touristen mit einem Verhalten, das vor menschenrechtsverachtenden Praktiken beide Augen verschliesst, schmackhaft machen?

Untauglicher Gegenvorschlag

Völlig untauglich ist der vom Bundesrat vorgelegte Indirekte Gegenvor-

schlag: Einerseits – das ist kaum zu fassen – «vergisst» dieser Gegenvorschlag kurzerhand, dass sich die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» ausdrücklich auch gegen gesichtsverhüllte Randalierer, gegen verhüllte Hooligans und Gewalt-Demonstranten sowie maskierte Verbrecher richtet. Dazu steht im Gegenvorschlag kein Wort. Hat der Bundesrat Angst vor verhüllten Krawallanten?

Die Antwort des Bundesrats auf die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» besteht in einer vagen Absichtserklärung, man wolle einen gross aufzuziehenden Beratungsapparat schaffen, der sowohl in der Schweiz als auch im Ausland (auch in muslimischen Ländern?) Frauen berate und unterstütze, die Opfer von Diskriminierung und Erniedrigung geworden seien.

Das nützt diskriminierten Frauen nichts, schafft höchstens teuren Funktionären neue Betätigungsfelder.

Fazit

Die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» packt das Übel an der Wurzel. Sie verbietet Totalverhüllung generell. Für Zwang zur Verhüllung – sichtbares Symbol islamistischer Unterdrückung – ist in der Schweiz, dem Land der Freiheit, kein Platz. Nirgendwo und unter keinen Umständen. Das muss in unserer Bundesverfassung verankert werden, ein für alle Mal.

JA zum Verhüllungsverbot.



Ulrich Schliuer
Alt Nationalrat SVP
und Mitinitiant
Flaach

Ehrliche Information schafft Vertrauen.

ehrlische-information.ch

Gregor Rutz
Nationalrat SVP

Am 7. März

Polizeimeldungen:
Volksinitiative/
Gegenvorschlag

Stichfrage:
Volksinitiative

2 x JA

Ihr Partner für Online-Kampagnen

openbyte

openbyte.ch

Bahnhofplatz 7, 8400 Winterthur

Sie haben das Problem - wir haben die Lösung!

BRING PLASTIC BACK
sammelsack.ch

Plastik-Recycling, dem Sie vertrauen können!
Grösstes Sammelsystem der Schweiz.
Wertschöpfung durch Recycling in der Schweiz.
Wir schaffen neue Arbeitsplätze!

INNO recycling INNO plashter

Ehrliche Information schafft Vertrauen.

ehrlische-information.ch

Hans-Peter Amrein
Kantonsrat SVP

Am 7. März

Polizeimeldungen:
Volksinitiative/
Gegenvorschlag

Stichfrage: Volksinitiative

2 x JA



Christoph Mörgeli

Bundespolitbildner in der Bundesrepublik

In Deutschland gibt es eine «Bundeszentrale für politische Bildung». Diese wurde 1952 für den sogenannten «Heimatsdienst» gegründet und sollte die nazistisch verführten Staatsbürger zur Demokratie erziehen. Zum ersten Leiter dieser Entnazifizierungsbehörde wählte man das frühere NSDAP-Mitglied Paul Franken. Heute besteht die Aufgabe der 220 Beamten mit 65 Millionen Euro Budget darin, die schulische wie die ausser-schulische politische Bildung von Jung und Alt zu verwalten.

Hauptaufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung ist es, «das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken». Und wie werden diese hehren Ziele erreicht? Zum Beispiel mit dem Heft 239 («Informationen zur politischen Bildung»), wo die Frage diskutiert wird, warum Deutschland keine direkte Demokratie braucht. Die Antwort der Bundeszentrale lautet so: «Mangelnder Sachverstand, politisches Desinteresse vieler Bürger, Unüberschaubarkeit der politischen Prozesse, Gefahr der Emotionalisierung, organisatorische Probleme». Ob diese hochnäsige, elitäre Politikerantwort die Bevölkerung zu Demokratie und Mitwirkung anregt, scheint zweifelhaft. Kürzlich liess sich die Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema «Linksextremismus» wie folgt verlauten: «Im Unterschied zum Rechtsextremismus teilen sozialistische und kommunistische Bewegungen die liberalen Ideen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.» Die linken Brüder sind also – behördlich verbrieft – die besseren Extremisten. Denn sie zerstören, prügeln und töten für das Gute. Immerhin musste der zitierte Satz nach einem Sturm der öffentlichen Entrüstung wieder gelöscht werden. Die eigentümliche Bundeszentrale für politische Bildung müsste die Bevölkerung zur Demokratie animieren. Doch wehe, wenn sie diese dann auch einfordert und in Sachfragen mitbestimmen will. 82 Prozent der Deutschen haben das Gefühl, politisch kein Gehör zu finden. Doch sie wählen ihre Politiker trotzdem immer wieder. Deutschland bleibt das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten.

VON DER CORONA- IN DIE SCHULDENKRISE?

Die Bewältigung des Corona-Schuldenbergs ist nur durch einen harten Einsparungskurs möglich

Die Folgen der Corona-Krise für den Staatshaushalt sind beispiellos und werden sich noch während Jahren auf die verschiedensten Bereiche auswirken. Der Bund trägt die zusätzlichen Lasten aber nicht allein, denn auch die 26 Kantone sowie die 2202 Gemeinden der Schweiz werden sich an den Hilfeleistungen beteiligen müssen.



Jürg Sulser
Kantonsrat SVP
Oteltingen

Die Corona-bedingten Abfederungsmassnahmen des Bundesrates in Form von Ausgaben und der Vergabe von Darlehen sowie verbürgten Krediten be-laufen sich nach der Aufstockung des Härtefallprogramms des Bundes auf 1750 Millionen Franken. Für Härtefälle im Kanton Zürich werden rund 350 Millionen Franken bereitstehen, wenn das ganze Volumen für nicht rückzahlbare Beiträge verwendet wird. Sofern nur Darlehen beantragt würden, wären es sogar 456 Millionen Franken. Daraus resultieren Rekorddefizite, die der Staat wegen der Corona-Krise und der stetig erweiterten Hilfen verbuchen muss. Während das Minus gemäss letzter Hochrechnung für 2020 bei rund 20 Milliarden Franken liegen dürfte, rechnet man für 2021 nochmals mit 10 Milliarden, Tendenz steigend.

Kann es sich die Regierung leisten, angesichts dieser tiefschwarzen Aussichten solche Ausgaben zu stemmen?

Trotz der Schuldenbremse ist es möglich, dass die Regierung diese Milliarden ausgibt. Die Schuldenbremse, als Mechanismus zur Ausgabenbegrenzung, wurde in der Schweiz 2003 eingeführt. Er besagt, dass die Einnahmen und Ausgaben über einen Konjunkturzyklus verteilt ausgeglichen sein müssen. Anders gesagt: In schlechteren Zei-

«Daraus resultieren Rekorddefizite.»

ten darf die Regierung mehr ausgeben, boomt die Wirtschaft, wird der Schuldenberg abgetragen. Die relativ niedrigen Schulden und die günstige Finanzlage der letzten Jahre geben der Schweiz genügend Spielraum, um sich jetzt höher zu verschulden, so die Aussage der Eidgenössischen Finanzverwaltung.

Doch wer zahlt die Zeche? Wenn weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen mit allen Mitteln verhindert werden müssen, sollte man also die Schulden einfach stehen und die nächste Generation den Schlamassel ausbaden lassen?

Woher kommt das Geld zur Finanzierung der Corona-Milliarden?

Zum einen steht derzeit viel Geld zur Verfügung, oder wie es Experten ausdrücken: «Die Liquidität ist hoch.» Aber die Regierung kann auch Geld von anderswo nehmen, insbesondere vom Finanzmarkt. Dies hat jedoch seinen Preis: Schulden. Eine genaue Zahl wird erst am Ende des Jahres verfügbar sein – eines lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt jedoch mit Sicherheit sagen: Die Verschuldung der Schweiz wird nach oben gehen. Der Schweizer Schuldenberg wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine noch nie dagewesene Höhe erreichen und damit das Allzeithoch von 2005 übertreffen – damals beliefen sich die Schulden auf 130 Milliarden Franken.

Welche Rolle spielt das Parlament und haben auch die Schweizer Bürgerinnen und Bürger ein Mitspracherecht?

Zum anderen werden die ausserordentlichen Ausgaben in Zusammenhang mit



Sind es letztendlich die Steuerzahler, also Bürgerinnen, Konsumenten und Unternehmen, welche die gesalzene Rechnung berappen müssen?

Bild: Sulser Group

der Corona-Krise gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz (FHG), das in den entsprechenden Teilen auf der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse beruht, nicht dem ordentlichen Bundeshaushalt – also dem «normalen» Jahresbudget – belastet, sondern dem Ausgleichskonto der ausserordentlichen Ausgaben (Amortisationskonto). Dieses wies noch Ende 2019 einen positiven Saldo in der Höhe von 3,4 Milliarden Franken auf. Das FHG schreibt grundsätzlich vor, dass ein negativer Saldo des Amortisationskontos innerhalb der nächsten sechs Rechnungsjahre durch Überschüsse im ordentlichen Bundeshaushalt auszugleichen ist. Eine Verlängerung der vorgeschriebenen Frist ist zwar grundsätzlich möglich, allerdings erst, wenn das Ausgleichskonto des ordentlichen Bundeshaushaltes einen Saldo von Null aufweist.

Massive Mindereinnahmen in den nächsten Jahren, links-grüne Verteilpolitik schadet zusätzlich

Die wirtschaftlichen Schäden, die aufgrund der pandemie-bedingten Massnahmen bisher entstanden sind, und die damit verbundene steigende Ar-

«Ebenso werden weitere Finanzspritzen für die Arbeitslosenversicherung nötig werden.»

beitslosigkeit werden in den nächsten Jahren zu massiven Mindereinnahmen beim Bund führen. Ebenso werden in naher Zukunft weitere Finanzspritzen für die Arbeitslosenversicherung (ALV) nötig werden. Sonst droht in dieser wirtschaftlich angespannten Zeit eine weitere Erhöhung der Lohnabzüge. Die ALV ist aufgrund der masslosen Zuwanderung der letzten Jahre zusätzlich belastet, denn Ausländer weisen mit 5,9 Prozent nicht nur generell eine höhere Arbeitslosenquote auf als Schweizer (3,2 Prozent), sie werden in der Krise auch schneller arbeitslos und belasten das Sozialwerk der Arbeitslosenversicherung somit unverhältnismässig stark. Zusätzlich hat das seit der «Klimawahl» von 2019 deutlich linkere Parlament weitere Gelder an seine Klientel verteilt. So fliessen hunderte Millio-

nen Steuerfranken in den Kulturbereich, an die Medien und als bedingungslose Geschenke ins Ausland. Folglich stellt sich die Frage, wie mit diesen enormen Ausgaben und dem erwarteten Anstieg der Staatsverschuldung umgegangen werden soll.

Aufhören vom «schmerzlosen Abbau» zu träumen

Wenn es also darum geht, die gesamthaft prognostizierten 23 Milliarden Franken oder mehr abzubauen, funktioniert ein «schmerzloser Abbau» allein nicht mehr. Man muss sich somit etwas Neues einfallen lassen. Der Bundesrat wird sich wohl erst im Frühling zur Thematik äussern, wenn klarer wird, wie teuer der jetzige Lockdown wird. Klar ist jedoch, dass dies nur über Einsparungen gehen wird: Der Bund gibt jedes Jahr über 75 Milliarden Franken aus. Will man über sechs Jahre 23 Milliarden einsparen, wären dies jährlich 3,8 Milliarden Franken bei einer Verlängerung auf 15 Jahre 1,5 Milliarden Franken oder 2% des Haushalts. Was für private Unternehmen machbar ist, sollte für den Staat eigentlich auch zumutbar sein.

Steuererhöhungen sind keine Alternative

Eine zusätzliche Erhöhung der Staats-schulden ohne klar definierte Abbau-massnahmen wäre jedoch ein Verfassungsbruch, eine Missachtung des Fi-

nanzhaushaltsgesetzes sowie eine Verletzung des Willens von Volk und Ständen.

Keine Alternative sind hingegen Steuererhöhungen: Von der Ratslinken gibt es Forderungen, Firmen stärker zu schröpfen, die in der Pandemie gute Geschäfte gemacht haben. Unterneh-

«Niedrige Unternehmenssteuern sind ein wichtiger Standortvorteil.»

menssteuern gelten allerdings als die schädlichste Steuerart überhaupt, weil sie die Investitionsneigung senken. Niedrige Unternehmenssteuern sind zudem ein wichtiger Standortfaktor. Darüber hinaus wäre eine höhere Staatsschuld alles andere als nachhaltig, denn die künftigen Zinszahlungen würden den Bundeshaushalt weiter belasten und darüber hinaus den Handlungsspielraum des Parlamentes weiter einschränken.

Dies ist umso stossender, wenn man bedenkt, dass bereits heute beinahe zwei Drittel der Bundesausgaben stark gebunden sind und das Parlament diese bei den jährlichen Budgetberatungen gar nicht mehr beeinflussen kann.

KEIN ENDE IN SICHT

100 000 Franken Schulden pro Minute

Härtefallhilfen will der Bundesrat weiter aufstocken und 2,5 Milliarden Franken mehr ausgeben.

Das Budget für die Härtefallhilfen wird damit auf 5 Milliarden verdoppelt. Das sollte gemäss Finanzminister Ueli Maurer bis Ende Februar reichen. Doch er warnt erneut vor zusätzlichen Schulden. Unser SVP-Magistrat monierte als krisenerprobter und umsichtiger Kassenwart, dass diese Ausgaben zu mehr Schulden führen werden. Grob geschätzt hat der Bund im

letzten Jahr 15 Milliarden Franken zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie ausgegeben, dieses Jahr wird es ähnlich weitergehen. Der Schuldenberg wächst laut Maurer um 100 000 Franken pro Minute oder 8,64 Millionen Franken täglich. «Wenn Sie Schulden machen, geben Sie das Geld unserer Kinder aus», warnte er einmal mehr.

AUS DEM KANTONS RAT

Erweiterung des Härtefallprogramms!

Von der Coronakrise betroffene Unternehmen im Kanton Zürich erhalten schnelle und unbürokratische Hilfe. Regierungsrat Ernst Stocker (SVP) und sein Team haben Hervorragendes geleistet.



Maria Rita Marty
Kantonrätin SVP
Gutenswil

Der Kantonsrat hat mit 170 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Erweiterung des Härtefallprogramms für die von der Covid-19-Krise betroffenen Unternehmen bewilligt. Die Höhe des dafür notwendigen Zusatzkredits beträgt 95 Millionen Franken; damit stehen nun im Kanton Zürich 350 Millionen zur Verfügung. Da der bewilligte Zusatzkredit nicht dem Referendum untersteht, kann die zweite Verteilrunde nun rasch angegangen werden. Aufgrund der unverhältnismässigen Massnahmen des Bundesrates wurden viele Betriebe zur Schliessung gezwungen, die nun in ihrer Existenz betroffen sind. Es ist daher von absoluter Wichtigkeit, wie Kantonrätin Jürg Sulser (SVP) ausführte, dass die betroffenen Firmen so schnell wie möglich und unbürokratisch die nötige Hilfe erhalten, denn Arbeitsplätze und Lehrstellen müssen erhalten werden können. Regierungsrat Ernst Stocker hat mit seinem Team schnell und entschlossen Fakten geliefert und in Windeseile die Online-Plattform bereitgestellt, damit die Gesuche von den betroffenen Personen eingereicht werden können. Diese hervorra-



Ein trostloses Bild: Die leere Stadt Zürich.

Bild: Maria Rita Marty

gende Leistung unseres Regierungsrates und seiner Direktionsmitarbeiter innert kürzester Zeit muss erwähnt und gelobt werden. Die SVP wie alle anderen Fraktionen stimmten der Erweiterung des Härtefallprogramms zu.

Ablehnung der EDU-Initiative für höhere Kinderzulagen

Der Kantonsrat hat die von der EDU lancierte Volksinitiative «Mehr Geld für

Familien» mit 99 zu 72 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Initiative wird nun den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet. Mit dem Volksbegehren wird verlangt, dass die Höhe der Familienzulagen im Kanton Zürich mindestens 150 Prozent der bundesrechtlich vorgeschriebenen Mindestsätze betragen soll.

Pädokriminelle müssen verwahrt werden!

Kantonrätin Nina Fehr Düsel verlas im Namen der SVP eine Fraktionserklärung zum Thema: Manchmal schützt nur Verwahrung vor weiteren Taten! Die meisten Täter von Kinderpornografie und Kindesmissbrauch werden immer wieder rückfällig. Dies zeigen Einblicke in Statistiken und Medienberichte und ein weiterer aktueller Fall. Die SVP hat sich schon immer für unbedingte Freiheitsstrafen und Verwahrung bei sexuellen Handlungen mit Kindern und bei Kinderpornografie sowie für die Unverjährbarkeit dieser Delikte stark gemacht.

Leider haben gerade aufgrund des corona-bedingten Lockdown im Jahr 2020 die Fälle von Kinderpornografie zugenommen. Die SVP fordert stärkere Kontrollen der Handys und PC dieser Täter, soweit dies zulässig ist. Die Rückfallgefahr ist gross und viele Delikte kommen sehr spät ans Licht. Die milden Urteile bei Pädokriminellen kann die SVP nicht verstehen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Zürich City-Card – Verstoss gegen übergeordnetes Recht?



René Isler
Kantonrät SVP
Winterthur

Die Interpellation «Zürich City-Card – Verstoss gegen übergeordnetes Recht?» aus den Reihen der SVP-Fraktion zeigte einmal mehr, wie weltfremd mittlerweile die Linken auch im Züricher Kantonsrat ihre absurde Politik vorantreiben wollen. Am 31. Oktober 2018 haben bekanntlich Linke, Kommunisten, Weltverbesserer, Grüne und Gutmenschen im Gemeinderat der Stadt Zürich eine Motion eingebracht, die nichts anderes vorsah, als geltendes, eidgenössisches Recht zu brechen und vor allem Illegales legal zu machen. Die SVP-Kantonratsfraktion nahm auf ihre Interpellation hin erfreut die aufschlussreiche Antwort des Regierungsrates zu diesem staatsfeindlichen Ansinnen seitens der Stadt Zürich zur Kenntnis: Die sogenannte City-Card kann nie und nimmer ein legaler Ausweis werden, weil er gegen sämtliches Recht verstösst. Aufgrund dieser Antwort, wird sich auch in Zukunft jede Person, welche in Zürich durch die Stadtpolizei kontrolliert wird, weiterhin mit einer ID-Karte oder einem Reisepass ausweisen müssen.

Es wäre ja noch schöner gewesen, wenn die sogenannte City-Card aus rein politisch gefärbten, linksradikalen Gründen auch nur ansatzweise gutgeheissen worden wäre. Man hätte ja dann gleich auch

die Coop-Supercard oder Migros-Cumulus-Karte an alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich verteilen können. Bei diesem Frontalangriff auf geltendes Recht geht es den Initianten aus Zürich nur darum, die sich bei uns unrechtmässig und somit strafbar aufhaltenden Migranten und Sans-Papiers zu legalisieren. Es gibt keinen einzigen Grund, weshalb sich eine Person ohne amtliche Papiere bei uns aufhalten soll. Einwandern oder Einreisen in unser Land ohne Papiere entspricht leider zunehmend eher der Norm als der Ausnahme. Aber nichts desto trotz: Ab dem Zeitpunkt, wo jemand unser Land betritt und unser Gastrecht in Anspruch nehmen will, gelten ganz klare Regeln, Gesetze und Verhaltensweisen. So erhalten jedes Jahr Tausende und Aber-tausende von Migranten bei den verschiedensten Anlaufstellen provisorische, amtliche Ausweispapiere.

Den ganz grossen Überflieger in dieser Causa «City-Card» spielte aber einmal mehr die Fakenews verbreitende Lügenpresse. Was wurde da im Vorfeld der Ratsdebatte nicht alles behauptet und herangezogen. Da wurden täglich Fachexperten und ausgewiesene Fachjuristen zitiert, die ganz klar der Meinung waren oder noch immer sind, dass so eine City-Card legitim sei.

Jeder wollte den anderen noch süffisanter überbieten und sich der linken Politik in der Stadt Zürich anbiedern. Wir dürfen nun gespannt sein, wie sich die Qualitätsjournalisten aus diesem links-populistischen Schlamassel herauswinden wollen.

KANTONALE ABSTIMMUNG VOM 7. MÄRZ 2021

Verfassung des Kantons Zürich – Anpassung Grenzwerte

Worum geht es? Die Verfassungsänderung ist nötig, weil eine Gesetzeslücke bei der Finanzkompetenz bei Entscheiden zu neuen Ausgaben zwischen dem Volk, dem Kantonsrat und dem Regierungsrat besteht.



Elisabeth Pflugshaupt
Kantonrätin SVP
Gossau

Heute gilt: Der Regierungsrat kann neue einmalige Ausgaben selbstständig beschliessen bis 3 Mio. Franken und wiederkehrende Ausgaben bis 300 000 Franken.

Der Kantonsrat ist heute bei neuen einmaligen Ausgaben erst ab 3 Mio. Franken und bei wiederkehrenden ab

300 000 Franken zuständig, und das Referendum ist erst ab 6 Mio. Franken bzw. 600 000 Franken möglich.

Es besteht zwischen 3 und 6 Mio. Franken also eine Lücke, die geschlossen werden muss: Es ist kein Referendum möglich.

Die Abstimmungsvorlage:

Gemäss vorliegendem Gesetzesvorschlag soll die Kompetenz neu für den Regierungsrat für einmalige neue Ausgaben bei 4 Mio. Franken und für wiederkehrende bei 400 000 Franken sein. So unterstehen alle Entscheide des Regierungsrates ab dieser Grenze dem fa-

kultativen Referendum. Warum ist das neu vorgesehen? Damit werden die Volksrechte gestärkt.

Schliessung einer Gesetzeslücke

Mit dieser Verfassungsänderung wird eine Gesetzeslücke geschlossen. Dadurch wird Klarheit geschaffen. Zukünftig kann damit Zeit, Geld und Energie gespart werden.

Es ist keine spektakuläre Gesetzesanpassung und auch kein wahnsinnig spannendes Thema, aber es ist wichtig! Das vorliegende Gesetz ist parteiübergreifend erarbeitet worden.



Interpellant Ueli Pfister, Kantonrät SVP: «Die Zürich City Card verstösst gegen übergeordnetes Recht.»

Bild: SVP

LESERBRIEF

Genug ist genug – spielt nicht mit der Zukunft unserer Kinder

Nun sollen also unsere Kinder die Zeche zahlen, die schon unter dem bestehenden Covid-Regime massiv leiden – in ihrer Lernfreude und in ihrer Freizeit. Seit dieser Woche gilt in den Zürcher Primarschulen ab der 4. Klasse die Maskenpflicht.

Aus meiner Sicht ist dies nicht nur ein Schnellschuss, sondern grenzt an eine Kompetenzüberschreitung. Flächendeckende Massnahmen – und eine solche ist dieses neue Masken-Obligatorium zweifellos – sollte nur der Gesamtregierungsrat beschliessen bzw. anordnen können.

Einmal mehr wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Ein Blick in unseren nördlichen Nachbarkanton genügt: Schaffhausen hat die Maskenpflicht ab der 4. Primarschule schon einen Tag nach deren Einführung widerrufen.

Denn auch das Differenzierungsvermögen lässt dieser Entscheid vermissen. Wenn es nämlich primär um den Schutz der Lehrer geht, gibt es andere, wirkungsvolle Mittel. Z.B. könnten Lehrkräfte konsequent mit FFP2-Mas-

ken ausgerüstet werden und diese im Unterricht tragen.

Für alle Massnahmen sollte gelten, dass sie gezielt und möglichst lokal eingesetzt werden. Damit kann am ehesten sichergestellt werden, dass die Korrelation zwischen Massnahme und Wirkung erzielt wird und von der Gesellschaft verstanden und getragen werden. Genau dieses Prinzip wird mit einer flächendeckenden Maskenpflicht ab der 4. Klasse verletzt.

Das Argument, dass es den Kindern nichts ausmache, über längere Zeit eine Maske zu tragen, steht auf sehr wackligen Füßen. Eine Studie der Universität Witten/Herdecke belegt dies deutlich: Ihre Ergebnisse basieren auf schriftlich festgehaltenen Beobachtungen von knapp 18 000 Eltern zu über 25 000 Kindern.

Bei einer durchschnittlichen Tragedauer von 4,5 Stunden waren 60% der Kinder zornig, was ja kaum erstaunt. Alarmierend ist zudem, dass gemäss dieser Studie 50% unter Konzentrations-schwierigkeiten litten.

Kinder essen auch gerne Süssigkeiten, trotzdem schauen vernünftige Eltern auf eine ausgewogene Ernährung. Und genau so sollten auch unsere Massnahmen zur Bekämpfung von Covid sein: ausgewogen und vernünftig.

Ich unterstütze wirkungsvolle Massnahmen gegen die Pandemie. Aber lassen wir die Kinder Kinder sein.

Die Langzeitfolgen der Impfung kennen wir gegenwärtig noch nicht. Wir nehmen sie allerdings auf freiwilliger Basis in Kauf. Langzeitfolgen von Maskentragpflicht bei Kindern kennen wir auch nicht – eigentlich müssten wir ganz einfach sagen: WIR WISSEN ES NICHT. Das wäre ehrlich!

Spätfolgen der Maskentragpflicht bei Kleinkindern will ich aber unbedingt vermeiden. Leider sind die Psychiatrischen Kliniken für junge Menschen bereits jetzt randvoll.

Ich fordere die sofortige Streichung der Maskenpflicht bis zur 6. Klasse.

Urs Waser, Kantonrät SVP
Langnau am Albis

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Volkspartei versus Ein-Thema-Medien

Egal wie Medien konsumiert werden, sei dies online oder in Papierform, es gibt praktisch nur ein Thema. Welches Thema gemeint ist, muss nicht extra bezeichnet werden, der werbe Lesera weiss, was gemeint ist.

Es ist verheerend, was derzeit geschieht! Parlamente und Exekutiven arbeiten trotz Lockdown. Es entstehen laufend neue Gesetze. Vom alltäglichen politischen Prozess wird kaum berichtet, die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ist dementsprechend gering. In etwas mehr als einem Monat stehen wichtige Urnenabstimmungen an. In den nächsten Tagen werden bereits die Abstimmungsküverts zugestellt. Sind die Stimmbürger ausreichend über die anstehenden sechs Abstimmungsvorlagen informiert? Es geht am 7. März bei weitem nicht nur um das Verhüllungsverbot! Auf kantonaler Ebene stehen wichtige SVP-Vorlagen an wie die eigene SVP-Initiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben» sowie die wichtige Frage, ob im Kanton Zürich mit dem neuen Sozialhilfegesetz Detektive praktisch

verunmöglicht werden sollen – die SVP hat die NEIN-Parole gefasst.

Die Verweigerung der Medien, breit über die aktuellen politischen Themen zu berichten, gibt aktiven Parteimitgliedern mehr Kraft und Gewicht! Lesen Sie den Zürcher Bote, damit sind Sie über alle sechs Abstimmungsvorlagen bestens informiert. Unterstützen Sie die Plakatverantwortlichen in den Sektionen für eine flächendeckende, sichtbare Kampagne. Vor allem müssen aktive SVP-Mitglieder interessierte Bürger ansprechen, informieren und zum Abstimmen motivieren. Die Ein-Thema-Medien sind sicherlich keine gute Entwicklung. Sie als aktive Zeitungleserin und als aktiver Zeitungleser sind aufgerufen, tätig zu sein!



von
Martin Suter

ABSURDITÄTEN IN BUNDESBERN

Verkehrter Import – mutierte Viren statt Stoff zum Impfen

Mit seiner unter den Tisch gewischten tönernen 22-Millionen-Kampagne für Winterferien in der Schweiz hat Bundesbern eine Keule gefertigt: Daraus folgen scharfe Massnahmen, mit denen Volk und Wirtschaft geprügelt werden. Geradezu absurd ist, dass der Bund mit dem Geld mehr Impfstoffe hätte sichern können.



Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Es war nicht überraschend, als der Impfstoff ins Stocken geriet, hatten wir in dieser Zeitung doch die Frage gestellt, ob der in der Schweiz eher langwierige Prozess der Zulassung der Impfstoffe auch damit zu tun haben könnte, dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) den Rücken frei zu halten, wenn es mit dem Impfen schleppend vorangehen könnte. Zwar kam die Zulassung überraschend, doch Verzögerungen sind Wirklichkeit geworden.

Absurde Prioritäten

Die Knappheit der Impfstoffe kann nicht bloss auf internationale Engpässe abgeschoben werden: Der Bund hätte Verträge für grössere Reserven mit mehr Herstellern abschliessen können. Wohl hatte man beim BAG mit diesem Minimalismus – wird alles geliefert, reicht es, anders als in vielen Ländern, nicht einmal voll für die ganze Bevölkerung – am falschen Ort gespart.

Weit weniger Skrupel hatte die Direktion bei Schweiz Tourismus, der Marketing-Organisation des Bundes. Das Budget dieser Organisation von 56 Millionen Franken wurde in Corona-Zeiten nochmals um 40 Millionen Franken aufgestockt. Da profilierte man sich mit einer Kampagne für Winterferien in der Schweiz, 22 Millionen Franken wurden in den Triebsschnee gesetzt.

Zuvor hatte der Bundesrat – der Lobby des Wintersportes sei es verdankt – die Skigebiete inklusive Hotels geöffnet, derweil in Frankreich sowie in Italien alles stillgelegt war und Österreich, um den Massentourismus abzuhalten, die Hotels geschlossen liess. Nach dem «fait accompli» einer derart teuren Kampagne war es in Bern kaum mehr möglich, auf den gesunden Menschenverstand zurückzukommen.

Teure Rechnung zulasten der Schweiz

Eine Aktion für das Schweizer Gewerbe mag das bei den Bergbahnen sein, nicht aber bei Hotels, die oft in die Taschen von Investoren im Ausland wirt-



Fahrt in den Abgrund: Mit einer 22 Millionen Franken teuren Kampagne für Skiferien in der Schweiz britische Viren geholt statt Impfstoffe.

Bild: Bernhard im Oberdorf

schaften. In Arosa zahlt man in einem Vierstern-Haus einer internationalen Kette zu zweit mit Halbpension rund 500 Franken, im Dreistern noch um 400. In Vals wird einem im Fünfsterne-Resort eines in Dubai wohnenden Investors auf Hochdeutsch beschieden, dass man am Wochenende nur für zwei Nächte reservieren könne, und zwar für 1200 bis 1700 Franken pro Nacht, im auswärtigen Hotel für 500. In kleineren Häusern von echten Valsern erhält man für 250 Franken den Zuschlag, darf aber nicht mehr nach zehn Uhr abends telefonieren.

Das Desaster ist perfekt: Die vom Bund geholten Briten brachten ihr Virus mit nach Wengen und von dort via Skischulen fand es den Weg in Schulen in Bern und der Schweiz. Verbieger machte – abgesehen von der Dunkelziffer der Virusverbreitung – eher Schlagzeilen mit den aus der Quarantänekeule geflohenen Gästen. St. Moritz wurde zweifelhaft berühmt durch die südafrikanische Variante, dank der zwei Fünfsternepaläste in Quarantäne kamen und einer nun ganz geschlossen ist. Entsprechend sind in der Schweiz die Zahlen der Infektionen mit den Mutanten um ein Vielfaches höher als in Deutschland, wo es keine offenen Skigebiete gibt. So hat der Bund die britische Variante importiert, denn im

Dezember reisten mit 92 Flügen gut 10 000 britische Touristen ein.

Ein Beleg dafür, dass dies im Wesentlichen auf ins Land gelockte britische Touristen zurückgeht, liefern die im Januar explodierenden Zahlen in Portugal und Spanien; die Mittelmeerküste und vor allem die Algarve sind bei Briten besonders beliebt; sie reisen dort auch über die Festtage in Gruppen an.

Freiheitsberaubung im Stil von EU-Turbos

Um den Schrecken noch grösser zu machen, hat der Präsident der GLP, Jürg Grossen, einen Brief aller Parteipräsidenten initiiert, gemäss dem im Schnellschuss ohne Rücksprache von allen Parteipräsidenten faktisch Grenzsicherungen zur Schweiz gefordert werden: nicht nur mit einem Testobligatorium, sondern vor allem auch mit einer Quarantäne, die auch den Schweizern droht, die aus dem Ausland zurückkehren. Da zeigt sich, dass Grünliberal nicht ein Markenzeichen für Liberalität, sondern für autoritäres Vorgehen ist, im konkreten Fall gar für Freiheitsberaubung. Ausgerechnet diese Grünliberalen legen gegenüber der EU ein unterwürfiges Verhalten an den Tag und fordern unbeschadet die Unterzeichnung des Rahmenvertrages: freier Personenverkehr mit Quarantäne inklusive.

EIN WEITERER RAUBZUG

Noch mehr Steuern für Hausbesitzer

Der Traum vom Eigenheim war den Linken schon immer ein Dorn im Auge. Nun soll es den Besitzern von Häusern und Eigentumswohnungen so richtig an den Kragen gehen. Als ob der Eigenmietwert nicht schon ungerecht genug wäre, sollen jetzt auch noch die Steuerwerte der Liegenschaften erhöht werden, um mehr Steuern kassieren zu können.



Tobias Infortuna
Bezirkspräsident SVP Uster
Egg

Um die Weihnachtszeit hat ein Steuerkommissär des Kantons Zürich beschlossen, der Staatskasse ein schönes Geschenk zu beschere. Darum verkündete er einer zürcherischen Tageszeitung anonym die frohe Botschaft, dass die Steuerwerte für Liegenschaften viel zu tief seien und dringend erhöht werden müssten. Denn auf diese Weise würde der Kanton zahlreiche zusätzliche Millionen an Steuergeldern einnehmen. Zeitgleich forderte auch der Stadtrat der Stadt Zürich eine Erhöhung der Steuerwerte für Liegenschaften, und Alt-Kommunist Niklaus Scherr will beim Verwaltungsgericht die neue Bewertung erzwingen. Zürchs Linke hat also ein neues Thema gefunden, um die Bürger zu schröpfen. Eine Neuberechnung würde den Wert einer Liegenschaft von zum Beispiel bisher 1,4 Millionen auf 2,4 Millionen erhöhen. Dementsprechend würde auch die Steuerrechnung deutlich höher ausfallen.

Der grössere Missstand heisst Eigenmietwert

Gemäss Weisung des Zürcher Regierungsrates werden die Werte verwen-

det, die auf den Bodenpreisen von 2007 basieren. Das ärgert den anonymen Steuerkommissär und, wie er sagt, viele seiner Kollegen. Das sei ein krasser Missstand. Keine Erwähnung hingegen fand der Missstand, dass die Besitzer von Häusern und Wohnungen mit dem Eigenmietwert Jahr für Jahr ein Einkommen versteuern müssen, das gar nicht existiert. Und mit dem CO₂-Gesetz würde der Preis für Heizöl und somit die Kosten fürs Wohnen noch zusätzlich ansteigen. Umso unnötiger also, Eigenheimbesitzer mit dem Wert der Liegenschaft noch stärker zu besteuern.

Verwaltungsangestellte sind keine Volksvertreter

Die Steuern sind das eine, aber diese Geschichte bringt ein noch viel grösseres Problem zum Vorschein. Es wäre nämlich nicht die Aufgabe von Verwaltungsangestellten wie dem erwähnten Steuerkommissär, ihr Amt für politische Propaganda zu missbrauchen. Genau das geschieht aber immer wieder in unseren Verwaltungen – bei Bund, Kantonen und auch Gemeinden. Die meisten überflüssigen Ideen werden in den Amtsstuben entwickelt, ohne dass jemand danach gefragt hätte. Verwaltungsangestellte sind keine gewählten Volksvertreter.

Solange sie sich aber so verhalten dürfen, werden wir noch mit vielen teuren Neuerungen und unnötigen Gesetzen belästigt werden.



Wenn es nach dem Willen des anonymen Steuerkommissärs geht, gelten Besitzer eines Doppel-Einfamilienhauses schon bald als Multimillionäre. Bild: Pixabay

DIE ANDERE SEITE VON ...

Adrian Wegmann

Politische Tätigkeit:
Sektionspräsident SVP Oberrieden
Ortspartei: Oberrieden
Geboren am: 5. Februar 1979

Sternzeichen: Wassermann
Beruf: Abteilungsleiter
Hobby(s): Gleitschirmfliegen, Segelfliegen, Mountainbiken, Foto- & Videobearbeitung, 3D-Grafikdesign, Programmieren
Grösse: 186 cm
Augenfarbe: Blau
Lieblingsgetränk: Kaffee
Lieblingsessen: Rindsfilet & Pommes-Frites
Lieblingslektüre: The Leader Who Had No Title: A Modern Fable on Real Success in Business and in Life – Robin Sharma
Was niemand von mir weiss:
1997 habe ich im Kino zu «Titanic» geweint



Erster Alleinflug mit dem Segelflugzeug Ende Oktober 2020 nach drei Monaten Ausbildung.

Damit kann man mir eine Freude machen: Wenn Menschen etwas machen, denn machen ist wie wollen, nur viel krasser.

Mein Wunsch für die Zukunft: Dass die Führung unseres Landes endlich beginnt, das zu tun, was Führungskräfte tun sollen, nämlich unangenehme Entscheidungen treffen und die Wirtschaft zum Wohl der nachfolgenden Generationen wieder wirtschaften zu lassen!

EINKAUFEN BEI SVP-MITGLIEDERN

Auto Steiner Zürich AG



Inhaber: Robert, Oliver und Michael Steiner, Orlando Wyss
Verbindung zur SVP: Robert Steiner, Parteimitglied, Orlando Wyss, Kantonsrat
Gründungsjahr: 1970
Anzahl Mitarbeiter: 9
Angebot: Ankauf und Verkauf neuerer und qualitativ hochwertiger Fahrzeuge
Spezialität: Exotische Fahrzeuge
Website: autosteiner.ch
Anschrift: Auto Steiner Zürich AG, Winterthurerstrasse 698, 8051 Zürich
Tel.: +41 44 325 60 60
Mail: info@autosteiner.ch

ENTFREMDUNG

Von oben angeordnet

Wer kann es dem Bundesrat übelnehmen, wenn er nach dem Horror-Szenario, welches die WHO und «die Experten» verbreitet haben, einen ersten Lockdown angeordnet hat. Er wollte damit ja Leben retten.



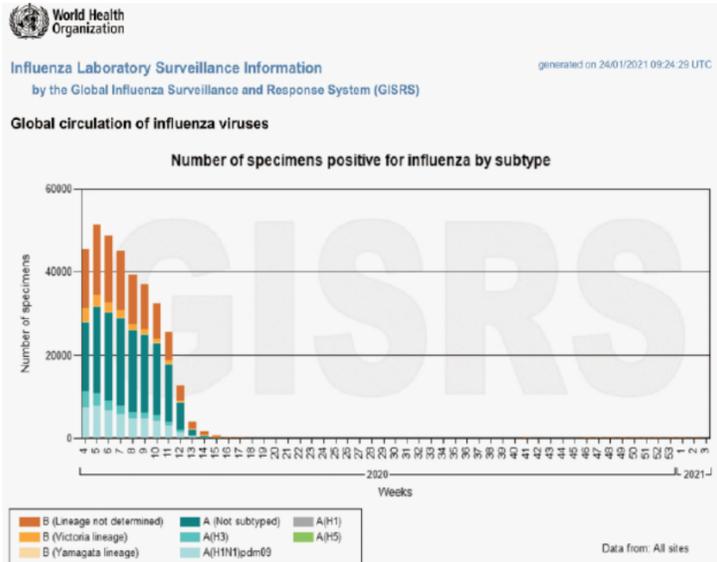
Heinrich Vettiger
Stadtrat SVP
Wetzikon

Heute wissen wir, dass SARS-COV2 eben kein «Killer-Virus» ist, das bis zu 3% der Bevölkerung dahinrafft. Nur wenige, die das Virus tragen, werden auch wirklich krank und noch weniger sterben daran. In der Schweiz liegt die Sterberate bei rund 0,1%. Vorwiegend sterben ältere Menschen und meist ist der Tod mit einer anderen schweren Krankheit gekoppelt.

Eine vom US CDC am 26. August 2020 veröffentlichte Studie zeigt, dass nur 6% der SARS-COV2-verstorbenen Menschen ausschliesslich durch dieses Virus ihr Leben gelassen haben. Leider gibt es vom BAG dazu keine veröffentlichte Statistik.

Gleichauf mit Schweden

Belgien, Spanien, UK und Italien haben trotz Lockdown mehr Tote pro Million Menschen zu betauern als Schweden, das auf die Vernunft und Eigenverantwortung der Menschen gezählt hat. Wer sich die Zeit nimmt, und die Zahlen der Schweiz mit jenen von Schweden vergleicht, wird feststellen, dass wir pro Million Einwohner gleich viele Tote haben.



Anzahl weltweit wöchentlich positiv getestete Influenza unterteilt nach Virus-Subtyp. Warum ist das Virus im 2020 ab Woche 15 nicht mehr aktiv?

Quelle: <https://www.who.int/toolkits/flunet>

Nun soll es ein SARS-COV2-Impfstoff richten. Erst wenn die Bevölkerung flächendeckend geimpft ist, soll das Virus und seine pandemische Wirkung gebannt werden können. Das sagen die Experten und der Bundesrat. Bis dahin soll die gesellschaftliche Entfremdung, neudeutsch «Social Distancing» weitergeführt werden.

Wieso fragt sich eigentlich in unserem Land niemand,

- warum es der Pharma bis heute nicht gelungen ist, das jährlich wiederkehrende und mutierende Influenza-Virus zu stoppen?
- wieso trotz Impfungen jährlich Hunderte in der Schweiz an der Influenza sterben müssen?
- Wieso seit April 2020 die Influenza-Statistik der WHO keine Influenza-Toten mehr ausweist?

Viren mutieren. Weil das so ist, und die Entwicklung von Impfstoffen Zeit braucht, hinken diese folgerichtig immer einen Schritt hinterher. Das SARS-COV2-Virus gehört zu der Familie der Corona-Viren. Letztere begleiten die Menschheit schon seit Tausenden von Jahren.

Diese Mikro-Wesen haben neben den negativen Aspekten eben auch einen äusserst positiven Einfluss auf unser Immunsystem, denn sie stellen sicher, dass diese à jour (updated) bleibt. Seit Kurzem hat sich das SARS-COV2-Virus verändert. Erneut wurde eine grosse Bedrohung angesagt. Ja, auch dieses Mal sterben Menschen, und wie bei der ersten Welle, sind es vorwiegend ältere Menschen, die sterben. Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie schmerzhaft der Tod eines geliebten Menschen ist, nur gehört der Tod eben zum Leben.

Weitreichende Kollateralschäden

Im Wissen, dass das Virus auch künftig mutieren wird, stellt sich die Frage, ob die Masken- bzw. Lockdown-Strate-

mehr häusliche Gewalt und einen zunehmenden Alkohol- und Drogenkonsum. Hinzu kommt eine Verängstigung der Bevölkerung und die wirtschaftli-

Eine Studie zeigt, dass nur 6% der SARS-COV2 verstorbenen Menschen ausschliesslich durch dieses Virus ihr Leben gelassen haben.

chen Folgen, welche die Jungen künftig tragen müssen. Schweden appellierte an seine Bevölkerung und an deren Selbstverantwortung und sie tut das auch jetzt und im Wissen, dass sich das Virus auch künftig verändern wird. Es gibt viele Menschen in der Schweiz, welche den erneuten Schritt des zuständigen Bundesrates Berset nicht gutheissen und ihn zum Sündenbock der aktuellen Strategie machen. Ist es aber nicht eine bürgerliche bundesrätliche Mehrheit, welche das aktuelle Vorgehen unterstützt?

Ich wünsche mir, dass die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat mehr «Common Sense» einsetzen und der Bevölkerung mehr Selbstverantwortung zutrauen würde. Das wäre der richtige Schritt zurück zu einer menschenwürdigen Normalität.

Ich hoffe, dass es nicht mehr lange dauern wird, bis sich diese Einsicht auch in Bundesbern einfinden und durchsetzen wird.

Hinzu kommt eine Verängstigung der Bevölkerung.

gie und all ihre Folgen zielführend ist. Aufgrund der bundesrätlichen Massnahmen müssen wir mitansehen, wie sich die Suizidrate erhöht, wir erleben

ANGST VERBREITEN IST KONTRAPRODUKTIV

Verlangen wir vom Staat, dass er an uns Bürger glaubt!

Ziemlich genau ein Jahr ist es her, seit das Covid-19-Virus Westeuropa sichtbar erreicht hat. Nachdem ich mittlerweile doch einen gewissen Abstand zur Tagespolitik und den strategisch politischen Entscheidungsfindungen habe, ohne den Kontakt zu Parteibasis, Kantonsratsfraktion und Parteiführung ganz verloren zu haben, beobachte ich die sogenannte Bekämpfung der Pandemie vor allem aus einer privaten Optik.



Roger Liebi
Alt Kantonsrat SVP
Uitikon Waldegg

Die ganzen Vorgänge beschäftigen mich gedanklich sehr stark, selbst oder gerade unter dem Eindruck der Tatsache, dass bisher weder in meinem näheren, noch in meinem weiteren Familienkreis noch in meinem Bekanntenkreis jemand an Corona erkrankt ist. Mag sein, dass dies ein mit den Lebensumständen verbundener glücklicher Zufall ist.

Gemäss der zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen aktuellsten Daten des Bundesamtes für Gesundheit (BAG, Daten Tagesbericht 22.01.2021) haben sich in der Schweiz seit dem 24.02.2021 509 279 Menschen mit Covid-19 infiziert.

Bei einer Bevölkerungszahl von 8,6 Mio Menschen entspricht dies einem Anteil von knapp 6%, gestorben sind im gleichen Zeitraum leider 8345 Menschen, entsprechend 1,6% aller Infizierten oder 0,09% aller Einwohner. Es ist nicht an mir, zu beurteilen, ob das hohe oder tiefe Zahlen sind und ob man mit mehr oder weniger Massnahmen andere Resultate erreicht hätte.

Aber es gibt Tage, da weiss man nicht wirklich, was einen mehr in Schach hält: der Covid-19-Virus als solcher oder die sich oft auch in kürzester Zeit ändernden Massnahmen zur Bekämpfung dieser Pandemie. Vieles kommt mir strategiefrei vor, nach dem Motto «try and error».

Es scheint von aussen betrachtet, dass einige Entscheidungen zur Bekämpfung der Pandemie ziemlich sicher nicht evidenzbasiert sind. Wenn man wie ich davon ausgeht, dass wir,

solange die Bevölkerung nicht durchgeimpft ist, wohl kaum alle Menschen schützen können, dann müssen wir schleunigst und endlich volle Konzentration auf die Risikogruppen richten und flächendeckend Massenschnelltests durchführen.

Höchstens kurzfristig effektiv

Weshalb? Schulschliessungen, Lockdown von gewissen Wirtschaftszweigen und auch eine Homeofficepflicht sind (sofern diese mehrere Wochen andauern) allenfalls kurzfristig effektiv, andererseits mittel und langfristig wirtschaftlich und gesellschaftlich äusserst kritisch.

Das renommierte «Ifo Institut» (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München) warnt, dass «Schulschliessungen zu enormen wirtschaftlichen Schäden, sowohl für die Schüler als auch für die gesamte Volkswirtschaft» führten. «Nichts ist in der Bildungsökonomie so gut dokumentiert wie der Zusammenhang von Bildung und Einkommen.»

Das Ifo Institut liefert auch gleich Zahlen: Kumuliert 12 Wochen Schulschluss seit Frühjahr 2020 führen in

Abschlussprüfung im Durchschnitt zu einem Lernverlust von rund 20% eines Schuljahres geführt hätten – und dies trotz einer sehr guten Infrastruktur für digitalen Fernunterricht!

Indirekte Folgen nicht abschätzbar

Die indirekten Folgen der verstärkten Homeoffice-tätigkeit und der -pflicht

Mag sein, dass dies ein mit den Lebensumständen verbundener glücklicher Zufall ist.

Deutschland zu einem Rückgang des BIP von 2,25 Billionen (!) Euro und zu einem Ausfall des Lebenseinkommens der betroffenen Schüler von jeweils 3%. Eine holländische Studie ergab gemäss Ifo, dass die achtwöchigen Schulschliessungen dort in der jährlichen

Es gibt Tage, da weiss man nicht wirklich, was einem mehr in Schach hält.

sind demgegenüber noch nicht abschätzbar. Klar ist, dass neue Technologien und gesellschaftliche Entwicklungen noch schneller in die Arbeitswelt einzubauen sind, ohne das ökonomische Ziel nach unten anzupassen. Unklar ist noch, welche wirtschaftli-

chen Auswirkungen die quasi gänzlich wegfallende wichtige Interaktion am Rande von Arbeitsprozessen oder Sitzungen auf Umweltanalyse, Innovation etc. haben.

Nehmen wir also unsere in diesem Land so oft gut gelebte Eigenverantwortung wahr, verlangen wir vom Staat aber auch, dass er an uns Bürger glaubt.

Ständig Angst verbreiten, kombiniert mit divergierenden, teils kurzlebigen Massnahmen führt nicht zu Vertrauen und schädigt längerfristig die ökonomische Entwicklung.



Schulschliessungen führen laut Ifo-Institut zu enormen wirtschaftlichen Schäden, sowohl für die Schüler als auch für die gesamte Volkswirtschaft.

Bild: Pixabay

Fadegrad



von
Ueli Bamert

Jobkiller Unia

Januar 2021, die Schweiz befindet sich mitten in der zweiten Pandemiewelle, alle Restaurants und Läden sind bis auf Weiteres geschlossen, die Frustration in der Bevölkerung und die wirtschaftliche Not ganzer Branchen steigen im Gleichschritt mit der Anzahl der an Corona Verstorbenen.

Es scheint in Gesellschaft und Politik für einmal ein lagerübergreifender Konsens zu herrschen, dass die Wirtschaft in dieser Situation unterstützt und nicht mit zusätzlichen Auflagen drangsaliert werden darf. Nur eine Organisation schert mal wieder aus: Die Unia. Sie hat, gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, beim Amt für Wirtschaft und Arbeit Rekurs eingeleitet und verlangt, dass der erst letzten Herbst eröffnete Circle am Flughafen am Sonntag geschlossen bleiben muss. Er sei nicht Teil des Flughafens und daher ein gewöhnliches Shoppingcenter, argumentieren sie – wider besseres Wissen notabene, denn der Circle ist gemäss Richtpläneintrag klar Teil des Flughafengeländes.

Am Circle kann jedermann unbeschwert eine Auszeit vom Alltag nehmen: Einkaufen, flanieren, essen, kurz: sich amüsieren. Fundamental-linken Kreisen ist ein solcher Konsumtempel aber bekanntlich ein Dorn im Auge. Und jetzt soll an diesem sündigen Ort auch noch sonntags gearbeitet werden – das passt den Moralaposteln der Unia natürlich gar nicht.

Gerade in einer Zeit, in der wegen der Coronapandemie viele Detailhandels- und Gastrofirmaen und nicht zuletzt auch die besonders gebeutelte Flugbranche vom Bankrott bedroht sind, ist dieser erneute Frontalangriff der Gewerkschaften auf die Sonntagsarbeit ein wahrer Affront für die zehntausenden Arbeitnehmer, die um ihre Jobs bangen. Die Gewerkschaften beweisen damit einmal mehr, dass ihnen der Erhalt von Arbeitsplätzen egal ist: wenn ein Laden am Sonntag nicht mehr öffnen darf, dann muss er mindestens einen Teil seines Personals entlassen, das ist eine simple Logik. Und es ist ja nicht so, dass man die Angestellten mit der Peitsche zur Arbeit am Sonntag zwingen müsste: zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten gerne am Sonntag, denn sie sind froh um eine flexible Arbeitszeitgestaltung und schätzen die Lohnzuschläge, die sie erhalten. All diese Tatsachen sind den Gewerkschaften bekannt. Trotzdem setzen sie sich mit ihrem Aktionismus gegen die Interessen ihrer Klientel ein und gefährden im grossen Stil Arbeitsplätze, denn ihre Ideologie ist ihnen wichtiger. Es ist einer der grossen Widersprüche unserer Gesellschaft, dass die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit nach wie vor als die Vertreter des kleinen Büezers wahrgenommen werden, während ihre Politik in letzter Konsequenz dazu führt, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Es ist Zeit, die Unia und ihre Spiessgesellen endlich in die Schranken zu weisen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rote Karte für Rowdies

Die letzte Gemeinderatssitzung musste frühzeitig beendet werden. Den Parlamentariern wurde es zu kalt. Gemeinderat Bernhard im Oberdorf hat in einem Zeitungsartikel geschrieben, dass die Sitzung infolge ausgefallener Heizung abgebrochen werden musste.



Emanuel Eugster
Gemeinderat SVP
Zürich

Er schrieb: «... da zeige sich, was die Aussicht auf die 2000 Watt-Gesellschaft bedeute». Natürlich hat er recht damit. Eine linke Gemeinderätin sah dies als Anlass dafür, der SVP in einer persönlichen Erklärung die Leviten zu lesen. Mehr noch, sie erwarte von den Parlamentariern, das Klimathema ernst zu nehmen, und es müsse einen Ehrenkodex geben, sich nicht mehr lächerlich zu machen über die wissenschaftlichen Klimathemen. Dass gerade eine SP-Gemeinderatspräsidentin die Sitzung abbricht aufgrund der fehlenden Heizleistung, das bringt einen schon etwas zum Schmunzeln.

Fan-Krawalle ahnden

Aber auch Fussball war ein Thema. Es lebe der Sport – und wir alle wollen Fair Play. Oberstes Gebot ist es, die Verursacher/-innen von Fan-Krawallen und Ausschreitungen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Dies mit einer konsequenten Umsetzung von geltenden Gesetzen. Genau dies fordert der eingereichte SVP-Fraktionsvorstoss. Die Verursacher/-innen von Fan-Krawallen und Ausschreitungen sollen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Für viele Leser wohl eine klare



Ob auf dem grünen Rasen oder sonst wo im Sport: Fair-Play ist für Spieler und Publikum oberstes Gebot.

Bild: Pixabay.

Selbstverständlichkeit. Leider ist dem nicht so. Vielmehr ist es ein Pingpong-Spiel zwischen Politik, Polizei und Klub-

«Vielmehr ist es ein Pingpong-Spiel zwischen Politik, Polizei und Klubverantwortlichen».

verantwortlichen. Dies ist zu beenden. Die Politik ist gefordert oder vielmehr die SVP.

Der Polizei gilt es, die erforderlichen Mittel und Kompetenzen zur Wahrung der Sicherheit aller Matchbesucher/-innen und Passanten in die Hände zu geben. Auch die Volksinitiative «JA zum Verhüllungsverbot», über die wir am 7. März abstimmen, sagt verummten Chaoten-Hooligans den Kampf an und schafft mehr Sicherheit.

SVP-Gemeinderat Martin Goetzl sagte es mit klaren Worten in seinem Votum. Es gilt, die Krawallanten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu de-anonymisieren. Es gilt, ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen auch für den Sport.

Chaoten «ein Gesicht geben»

Es ist eminent entscheidend, dass man den Chaoten «ein Gesicht gibt». Die Geister, welche man in Zürich gerufen hat, kann man nur mit einer Nulltoleranzstrategie wieder loswerden. Häufig verummmt und ausserordentlich gewaltbereit. Nicht selten bestückt mit

«Die Geister, welche man in Zürich gerufen hat, kann man nur mit einer Nulltoleranzstrategie wieder loswerden».

Stahlrute und Schlagring. Gemeinderat Samuel Balsiger verlas eine ganze Liste mit Gewalttaten von Fussball-Chaoten im letzten Jahr.

Leider sind die linken Parteien nicht nur auf einem Auge blind, es scheint, dass beide Augen zugehalten werden. Selbst die schallenden Knallgeräusche aus den Gummischrott-Gewehren nützen nichts, um die Linken aus ihrem «Heile Welt»-Traum zu wecken. Es ist die Rede von Selbstregulierung. Ein Gemeinderat der Grünen ging sogar so weit, zu behaupten, dass die polizeilichen Massnahmen nichts bringen würden.

Er verstehe nicht, warum wir immer wieder mit solchen Vorstössen kämen. Das Parlament der Stadt Zürich lehne solche sowieso immer ab. Dies sagt viel, und wir wissen, was zu tun ist. So halten wir die SVP-Fahne hoch und werden weiterhin kämpfen im Stadt-Zürcher Parlament.

AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Budgetdebatte unter umgekehrten Vorzeichen

Nachdem eine Mehrheit des Grossen Gemeinderates im November das Budget an den Stadtrat zurückgewiesen hatte, startete am Montag die Debatte zum zweiten Vorschlag. Einig waren sich alle Parteien darüber, dass man mit dem neuen Budget nicht wirklich zufrieden ist – jedoch mit sehr unterschiedlichen Begründungen.



Tobias Brüttsch
Gemeinderat SVP
Winterthur

Die Beratung des Budgets lief in den letzten Jahren im Grossen Gemeinderat immer nach dem ziemlich gleichen Drehbuch ab. Der Stadtrat präsentierte – sekundiert von den linken Parteien – seinen Antrag, die Vertreter der bürgerlichen Parteien versuchten dagegen zu halten und bei der Ratslinken begnügte man sich damit, im richtigen Moment den Arm zu heben. Am Ende resultierte jeweils eine Zustimmung zu einem Budget, an welchem lediglich noch kosmetische Änderungen vorgenommen worden waren.

Nachdem der Stadtrat im letzten Herbst unter dem Label «eine lebenswerte Grossstadt hat halt ihren Preis» eine Steuerfusserhöhung von satten sieben auf 129 Prozent präsentiert hatte, dämmerte es jedoch auch den Vertretern bis weit in die Reihen der Mittel-links-Parteien hinein, dass es so nicht weitergehen kann. Eine Koalition von SVP, FDP, CVP, EDU, GLP und EVP verdonnerte den Stadtrat zum Nachsitzen und wies das Budget zurück mit der Folge, dass die Stadt Winterthur mit einem Notbudget ins neue Jahr gestartet ist.

Drei statt sieben Prozent Steuererhöhung

Am Montag hatte das Parlament nun über das Budget 2.0 zu entscheiden und über eine Steuerfusserhöhung von drei statt den ursprünglichen sieben Pro-

zent. Auch wenn die Einsparungen von 7 Millionen Franken, welche der Stadtrat gegenüber dem ersten Budget vorgenommen hatte, bei Ausgaben von insgesamt rund 1,649 Milliarden Franken bescheiden anmuten, wollte die linke Ratsseite dies nicht auf sich sitzen lassen.

SP und Grüne präsentierten ein Paket von Erhöhungsanträgen, welche den Steuerzahler rund 10 Millionen Franken zusätzlich kosten würden. Dies führte zur paradoxen Situation, dass die bürgerliche Ratsseite, allen voran die SVP, das überarbeitete Budget des linksdominierten Stadtrates zu verteidigen hatte, während die Ratslinke die Sparbemühungen ihres eigenen Finanzvorstandes bekämpfte. Dass man jedoch auch bei den Bürgerlichen mit dem neuen Budgetvorschlag des Stadtrates nicht wirklich zufrieden ist, be-

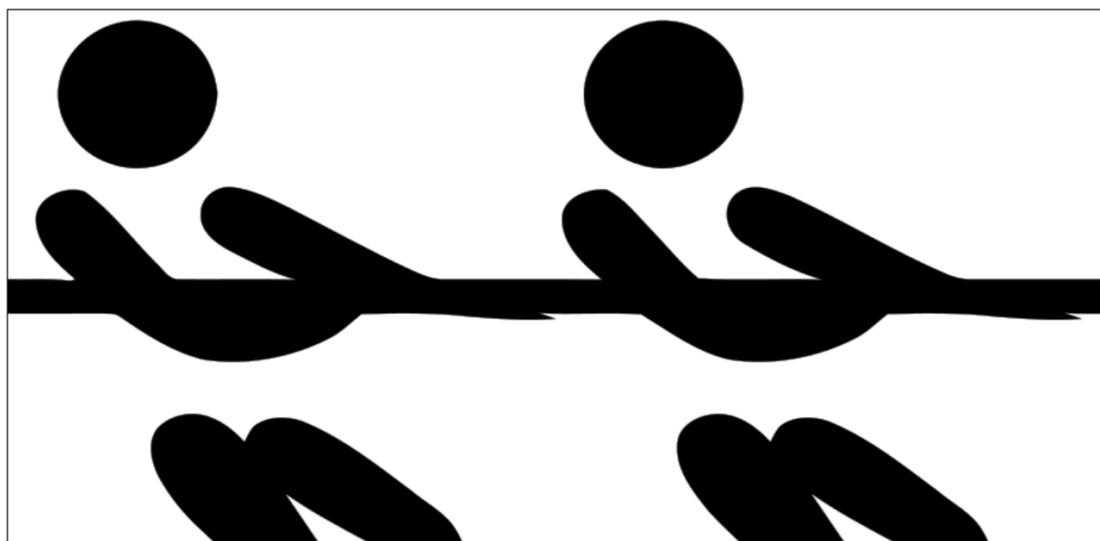
tonte Tobias Brüttsch (SVP) in der Eintretensdebatte: «Das jetzige Budget ist der kleinste gemeinsame Nenner derjenigen Parteien, welche sich darum bemüht haben, den Schaden in Form einer noch grösseren Steuererhöhung in Grenzen zu halten.» Nach wie vor sei jedoch nicht erkennbar, dass der Stadtrat nachhaltig sparen wolle und die Leistungen in der Verwaltung ernsthaft auf den Prüfstand stelle oder mögliche Synergien prüfe. Aufgrund der derzeitigen ausserordentlichen Situation, welche sich auch auf die Stadtfinanzen auswirkten, sei man bereit, die «Kröte» Steuererhöhung zu schlucken.

Man erwarte jedoch, dass der Stadtrat dafür seine Hausaufgaben mache und v.a. den Finanz- und Aufgabenplan überarbeite.

Hilfe kommt

Keine Chance hatten die an diesem Montagabend behandelten Erhöhungsanträge der SP, welche zur Hauptsache aus einem Corona-Hilfspaket von 8 Millionen Franken bestanden. «Reiner Aktionismus und nicht Aufgabe der finanziell notleidenden Stadt», lautete das Verdikt der Mehrheit im Rat, insbesondere nachdem der Kantonsrat am gleichen Tag den Kredit zum Ausbau der Härtefallhilfen verabschiedet hatte. SVP-Fraktionspräsident Thomas Wolf, welcher als Wirt direkt betroffen ist, betonte zudem, dass auch bei der Corona-Unterstützung gewisse minimale Anforderungen gelten sollen. «Wer beispielsweise im Krisenjahr 2020 eine Firma gegründet hat, trägt auch eine gewisse Selbstverantwortung und sicherlich ist es nicht Aufgabe der Stadt Winterthur, jeden Betrieb zu retten.» Die entsprechenden Erhöhungsanträge der SP wurden schliesslich mit 34:25 Stimmen abgelehnt.

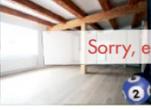
Der Grosse Gemeinderat wird am nächsten Montag die Budgetdebatte fortsetzen.



Das Seilziehen ist noch nicht zu Ende. Immerhin ziehen die bürgerlichen Parteien weitgehend am gleichen Strick.

Bild: Wikipedia

Ihr Immobilienraum?

	3 ½ - 4 ½ Zi. Terrassenwohnungen 8955 Oetwil a.d.L. , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis ab CHF 1'351'000.-, Bezug ab Herbst 2022 www.erlenkönig.ch		3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8309 Birchwil , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/
	4 Zimmer Mietwohnung Sorry, es sind leider alle Wohnungen vermietet! 1338 07 09 miete z. 500.- p./Mt. exkl. NK, Bezug nach Vereinb. www.loft-neugut.ch		3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8152 Glattbrugg , Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21 Preis ab CHF 1'341'000.-, Bezug ab Herbst 2022 www.glattwies.ch
	3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8457 Humlikon , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/		5 ½ Zi. Eigentumswohnung 8111 Pfaffhausen , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Sorry, es sind leider alle Wohnungen reserviert! Preis 1'933'000.-, Bezug ab Frühling 2021 www.luckenholz.ch
	5 ½ Zi. Eigentumswohnung 8332 Rumlikon , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis CHF 996'000.-, Bezug ab Winter 2021/22 www.grueens-doerfli.ch		3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8308 Illnau , Paul Späni Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/
	5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus 8332 Rumlikon , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis CHF 1'291'000.-, Bezug ab Winter 2021/22 www.grueens-doerfli.ch		3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8472 Seuzach , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Sorry, es sind leider alle Wohnungen reserviert! Preis ab CHF 661'000.-, Bezug auf Anfrage www.birch-seuzach.ch
	7 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser 8913 Ottenbach , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis ab CHF 1'521'000.-, Bezug ab Winter 2021/22 www.nidolino-ottenbach.ch		3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8545 Rickenbach/ZH , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/
	3 ½ und 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8136 Thalwil-Gattikon , Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/		3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8404 Stadel/Winterthur , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/
	5 ½ Zi. Eigentumswohnung 8484 Weisslingen , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis ab CHF 1'377'000.-, Bezug ab Frühling 2021 www.paradislig.ch		4 ½ Zi. Terrassenwohnung 8103 Unteringstringen , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis CHF 1'859'000.-, Bezug ab Frühling 2021 www.sparrenberg.ch
	3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen, 4 ½ - 6 ½ Zi. DEFH 8127 Aesch-Maur , Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.chridlerpark.ch		4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8493 Saland , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Preis ab CHF 673'400.-, Bezug ab Herbst 2020 www.ammuelibach.ch
	7 ½ Zi. Einfamilienhäuser inkl. Parkierung 8460 Marthalen , Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09 Sorry, es sind leider alle Einheiten reserviert! Preis ab CHF 1'050'000.- zzgl. Parkierung, Bezug auf Anfrage www.calmacasa.ch		2 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8615 Wermatswil , Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.solevista.ch
	3 ½ Zi. Terrassenwohnung 8615 Wermatswil , Aline Zorrilla Tel. 044 316 13 21 Preis CHF 1'101'000.-, Bezug Frühling 2022 www.leuberg.ch		Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienräume verwirklicht werden können? Melden Sie sich bei unserem Chef  ulrich.koller@lerchpartner.ch oder per Telefon 052 235 80 00.
	2 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen 8610 Uster , L. Garcia Navarro Tel. 044 316 13 42 Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/		

Alle Objekte im Überblick:
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum/



You Tube **f**
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:

EIGENHEIM MESSE SCHWEIZ Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
9. - 12. Sept. 2021, Messe Zürich, Halle 5

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
1. - 3. Oktober 2021, Lake Side Zürich

Stand Januar 2021

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos**.

Komme bei Ihnen vorbei.

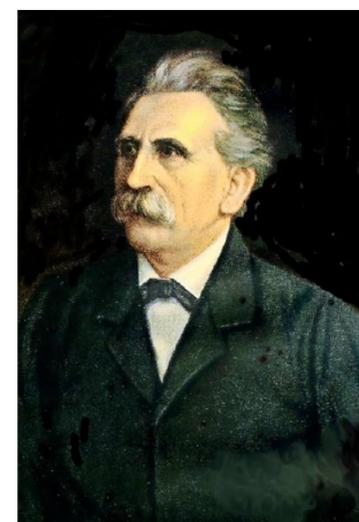
Telefon 044 822 26 11

«Vertrau auf Gott und eigne Kraft

Und nicht auf fremde Mächte;

Wer jeden Tag das Rechte schafft,

Der schafft im Jahr das Rechte.»



Friedrich Wilhelm Weber (1813-1894), deutscher Arzt, Politiker und Dichter.

Bild: Wikipedia

SVP DIGITAL

Teleblocher
 Folge 699: Joe Biden, Impfungen, Tages-Anzeiger und Neues vom Ruhegehalt
 Alt Bundesrat Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Matthias Ackeret.

Schweizerzeit Verlags AG
 Braucht die Schweiz ein Verhüllungsverbot? Anian Liebrand diskutiert mit Nationalrätin Martina Bircher (Aargau) und Nationalrat Walter Wobmann (Solothurn).

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
 Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
 Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
 Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
 Jeden ersten Montag im Monat (ohne Januar und April), ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
 Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
 Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
 Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social-Media-Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
 Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
 Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
 Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
 Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
 Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
 Freitag, 26. März 2021, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Lokalität noch offen, Niederglatt.

Bezirk Meilen/Zollikon
 Mittwoch, 24. März 2021, 18.00 Uhr, Generalversammlung, anschliessend Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 17. Mai 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 12. Juli 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 6. September 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Zürich/Kreis 11
 Samstag, 6. Februar 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 20. März 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 27. März 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 10. April 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 22. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 29. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 5. Juni 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 21. August 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 4. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 30. Oktober 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 3. September 2021, bis Sonntag, 5. September 2021, SVP-Schiessen 2021, Weiningen (Vorschiessen am Freitag, 27. August 2021). Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
 ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Robin Ingold, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** CH Media Print AG, Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

LESERBRIEF

Volksabstimmungen und ihre Tücken

In meinem Beitrag in «Zürich Nord» vom 14. Januar 2021 schrieb ich über Volksabstimmungen und ihre Tücken, beispielsweise darüber, wie man uns die Abstimmung für die 2000-Watt-Gesellschaft schmackhaft machen wollte. Aus aktuellem Anlass möchte ich meinen Bericht ergänzen und aufzeigen, wie das mit der 2000-Watt-Gesellschaft, mit der Umwelt und so von den sozialistischen und grünen 2000-Watt-Turbos und den CO₂-Netto-0-Stürmis gemeint ist. Diese schreiben der Bevölkerung vor, welche Verkehrsmittel alle zu benutzen haben. Sie bestimmen, wie zu Hause geheizt werden darf. Sind die selbsternannten Umweltretter aber einmal direkt betroffen, spielen weder die Umwelt noch die 2000-Watt-Gesellschaft noch der CO₂-Ausstoss eine Rolle.

Am Mittwoch, 20. Januar 2021, wurde die Gemeinderatssitzung abgebrochen, weil die Heizung nicht funktionierte und anscheinend die Gefahr bestand, dass die linken Umweltretter ihre ach so gut gemeinten Minderheits-Beschlüsse für einmal nicht in der wohl temperierten provisorischen Ratsstube des Zürcher Gemeinderates erlassen könnten. Von einer linken, aus eigener Sicht einzig und allein verantwortungsvoll handelnden Mehrheit wird also der Stadtbevölkerung vorgeschrieben, wie sie sich klimatechnisch zu verhalten hat. Wenn dann aber das eigene Wohl einmal betroffen ist, haben die so hochgejubelten Rezepte zur Weltrettung keine Gültigkeit mehr. Glaubwürdigkeit ade! Dass das Unbehagen über die etwas kühlere Raumtemperatur ausgerechnet dann am stärksten für den Sitzungsabbruch war, als ordentlich traktandierende SVP-Vorstösse zur Behandlung anstanden, gehört wohl eher in die Rubrik «Arroganz der Macht» als in die Sparte «Umweltschutz». Wählerinnen und Wählern sei darum empfohlen, bei der Meinungsbildung auch die Argumente der SVP mit einzubeziehen. Denn die SVP verlangt nichts, was sie selbst nicht befolgen würde.

Stephan Iten, Gemeinderat SVP, Zürich Kreis 11

Link zum Artikel von Stephan Iten in der Lokalinfo «Zürich Nord», Seite 3:



TO-DO-LISTE

SVP in Aktion ...

Jetzt plakatieren!
 Die Plakate für die Abstimmungen vom 7. März 2021 sind an den vereinbarten Standorten abholbereit. Plakatieren Sie baldmöglichst! Es sind nur noch 5 Wochen bis zum Abstimmungswochenende.

Bei Fragen wenden Sie sich an das Sekretariat: T 044 217 77 66

Abstimmungsvorlagen vom 7. März 2021
 Sprechen Sie mit Freunden und Bekannten über die Abstimmungsthemen vom 7. März 2021. Nur so können wir gewinnen. Informationen finden Sie auf den folgenden Websites:

Eidgenössische Abstimmungen:
www.verhuellungsverbot.ch
www.freihandel-indonesien.ch

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz): Infos auf www.admin.ch

Kantonale Abstimmungen:
www.sozialhilfemissbrauch-nein.ch
www.ehrliche-information.ch

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 7. März 2021

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 15. September 2017 «Ja zum Verhüllungsverbot»	JA
2. Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)	JA
3. Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien	JA

Kantonale Vorlagen

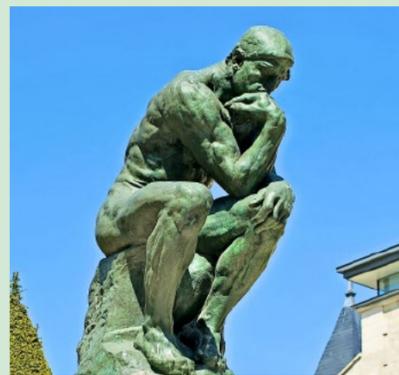
1. Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 17. August 2020; Anpassung Grenzwerte)	JA
2. Sozialhilfegesetz (SHG) (Änderung vom 15. Juni 2020; Klare rechtliche Grundlage für Sozialdetektive)	NEIN
3. A. Kantonale Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»	JA
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates Polizeigesetz (PolG) (Änderung vom 9. März 2020; Nennung der Nationalität bei Polizeimeldungen)	JA

Stichfrage **A. Volksinitiative**

Allerlei

Denkverzicht von Avenir Suisse

Avenir Suisse nennt sich selbst «Denkfabrik». Offenbar verzichtet sie jetzt gänzlich aufs Denken, wenn es um die EU geht.



Quelle: Wikipedia

Neuestes Beispiel: In einem von Plattitüden strotzenden Text unternimmt Avenir Suisse den abenteuerlichen Versuch, die Unionsbürgerrichtlinie als gut für die Schweiz zu beschreiben. «Keine Explosion der Sozialhilfe in Sicht», schreibt die «Denkfabrik».

Im Gegenteil: Der Abschluss des Rahmenvertrags würde es der Schweiz ermöglichen, die Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern zu vertiefen, insbesondere in den Bereichen Strom, Digitalisierung, Handel, Finanzdienstleistungen und Gesundheit, und würde auch der Wirtschaft mehr Rechtssicherheit bieten ...

Man fragt sich: Wie kommt die selbsternannte «Denkfabrik» dazu, das Denken zu vernachlässigen und einfach der EU hinterherzutrotten? Eine neue fünfte Kolonne? Wir brauchen keine weiteren Anpasser, sondern richtige Denker, die Sorge tragen zur Stabilität der Direkten Demokratie und zur Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft!